



PRESSE

KONFERENZ

Dr. Harald Walser
Bildungssprecher der Grünen

Bildungsreform: viel Lyrik, wenig Substanz, kein Mut!

WIEN, PRESSEBÜRO DER GRÜNEN

Bildungsreform: viel Lyrik, wenig Substanz, kein Mut!

Insgesamt ist die präsentierte Reform weit hinter den Erwartungen und auch hinter dem ExpertInnenpapier „Freiraum für Österreichs Schulen“ zurückgeblieben, da es zu keiner echten und kostengünstigeren Verwaltungsreform gekommen ist und auch zu keiner Entparteiopolitisierung führt.

Die von Vorarlberg und Wien geplanten Modellregionen Gemeinsame Schule wurden gekippt. Damit sind zwei zentrale Forderungen der Grünen nicht erfüllt, und somit ist derzeit auch keine Zustimmung möglich.

Insgesamt ist es ein Kniefall vor den schwarzen Blockierern in der Lehrgewerkschaft, im ÖVP-Parlamentsklub und in der VP-Ostfraktion. Für die SPÖ gilt der Ausspruch von Karl Valentin: „Mögen hätt ich schon wollen, aber dürfen hab ich mich nicht getraut!“

Elementarpädagogik, Schuleingangsphase, Volksschule

- Größtes Manko: Die Ausbildung ElementarpädagogInnen auf Hochschulniveau kommt nicht – Österreich bleibt damit europäisches Schlusslicht, weil es sich eine bessere Bezahlung von ElementarpädagogInnen nicht leisten will.
- Keine Übernahme der Elementarpädagogik in die Bundeskompetenz, daher wird der anvisierte bundeseinheitliche Qualitätsrahmen nur zu einem (nicht flexiblen) Minimalkonsens führen. Zudem dauert Umsetzung bis 2025 viel zu lange.
- Die Verpflichtung zu einem zweiten Kindergartenjahr nur für jene, die zuvor rausgefiltert werden, ist diskriminierend. Zudem ist die Finanzierung ungeklärt.
- Der Bildungskompass ist nur ein erster positiver Schritt, aber nicht neu. Er wurde schon 2009 im Bildungsrahmenplan festgelegt: Nicht geeignete Rahmenbedingungen haben bislang die Umsetzung verhindert. Eine Benennung von Defiziten ohne Konzept für gezielte Fördermaßnahmen (z.B. Sprachförderung) ist Stückwerk.
- Die flexible Schuleingangsphase ist ein alter Hut und ist bereits seit 1999 (!) gesetzlich möglich, ohne zusätzliche Mittel ist sie nicht umsetzbar.
- Sprachstartkurse: rechtlich völlig unklar („vor allem in Ballungsräumen“), nach welchen Kriterien sie eingeführt werden. Wie lange dauern sie? Wer unterrichten soll (Qualifikation), ist nicht geklärt. (Auch nicht bei Sprachfördermaßnahmen in den Kindergärten.)
- Positiv: Alternative Leistungsbeurteilung in ersten drei Volksschulklassen nun auch ohne Schulversuch möglich. Damit fallen etwa 2.000 Schulversuche weg.

Autonomie

- Positiv: freie Gestaltung von Lerngruppen bedeutet auch Bürokratieabbau, da Teilungszahlen und Klassengrößen schulautonom entschieden werden können. Was fehlt, ist aber entscheidend: Ressourcenzuteilung!

Grüne Position zur Reform der Schulverwaltung

Pressekonferenz-Unterlagen

Harald Walser

Wien, 18.11.2015



- Problem: keine zusätzlichen Mittel, schon jetzt erfolgt Gruppenteilung klassenübergreifend. Diese Ressourcenknappheit bleibt erhalten bzw. wird eventuell über die Schaffung von Schulverbänden (mit Ziel der Effizienzsteigerung) noch weiter verschärft.
- Schulautonomie führt zu einer weiteren Mängelverwaltung.
- Schulcluster: Wie groß sind diese? Sinnvoll sind solche Einheiten zur Steuerung erst aber einer Größe von 50.000-60.000 SchülerInnen. Die Ausgestaltung ist zudem weitgehend offen, wo liegen Verantwortlichkeiten, wer hat Weisungsbefugnisse?
- Schulautonome Tage (und damit Betreuungsproblem für Eltern) bleiben.
- Schulleitung bekommt Vetorecht bei Neuanstellungen, aber keine wirkliche Personalhoheit. Die Anstellung erfolgt über Schulbehörde. Positiv, dass die Schulleitung verantwortlich für Weiterbildung und Leistungsbeurteilung der Lehrkräfte ist und bundeseinheitliche Objektivierungsverfahren.
- Keine Finanzierung von zusätzlichem Unterstützungspersonal (höchstens Umwandlung von Ressourcen für Lehrpersonal).
- Externe Lehrbeauftragte für Schwerpunkte möglich. Jedoch: Schulaufsicht muss auch Externe prüfen können (eventuell „Qualitätssiegel“).
- Keine indexbasierte Mittelzuteilung, wie oftmals angekündigt und im Papier „Freiraum für Österreichs Schulen“ auch empfohlen.
- Kein Jahresarbeitszeitmodell für LehrerInnen.

Modellregion(en)

- Deckelung auf 15% aller Standorte und aller SchülerInnen eines Bundeslandes ist das Aus für Modellregion Gemeinsame Schule in Vorarlberg, wie sie von 20.000 Befragten in großer Mehrheit und von involvierten BildungsforscherInnen befürwortet würde. Zudem Widerspruch zu Bekenntnis zu evidenzbasierter Qualitätssicherung, die zu einer Weiterentwicklung führen soll.
- Konkret: In Vorarlberg (10 AHS-Unterstufen inkl. Privatschulen) könnte nur der Bezirk Bludenz zu einer Modellregion werden. In Wien 84 Standorte mit AHS-Unterstufe. Was eine „Region“ in Wien sein könnte, bleibt offen, wird jedoch in Auswahl durch Deckelung bestimmt und nicht durch regionale Kriterien, wie etwa Zusammensetzung der SchülerInnenpopulation, Streuung von NMS/AHS, etc., sodass Resultate einer Gemeinsamen Schule (oder anderen Modellen) aussagekräftig würden.
- Erstmalige Evaluierung 2025 schreibt diesen Blockadezustand für die nächsten 20 Jahre fort.
- Bisher haben AHS-Unterstufen im Modellversuch zusätzliche Ressourcen in der Höhe von sechs Wochenstunden/Klasse erhalten. Jetzt werden Länder für Innovationen durch Eigenfinanzierung bestraft.
- Inklusion nur optional.

Grüne Position zur Reform der Schulverwaltung

Pressekonferenz-Unterlagen

Harald Walser

Wien, 18.11.2015



Schulorganisation

- Neuer Name, alter Inhalt: Bildungsdirektionen statt Landesschulräte ohne bisherige Kollegien. Mehrgleisigkeit bleibt.
- Qualitätssicherungsbehörde ist nicht unabhängig.
- Einsparungen von nur 6 Millionen statt möglicher 220 Millionen.
- Positiv: Abrechnung der Gehälter über Bundesrechenzentrum. Gesplittete Diensthoheit bleibt, damit nach wie vor keine Transparenz (z.B. über tatsächliche Verwendung der PflichtschullehrerInnen).

Bildungsinnovation

- Betrifft vorrangig infrastrukturelle Maßnahmen, die mit einer Bildungsreform nichts zu tun haben.